

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
Forstrentamt zu Tharandt.

für die königliche Amtshauptmannschaft Meissen, für das
sowie für das königliche

Nr. 133.

Donnerstag den 11. Oktober 1917.

76. Jahrg.

Ämtlicher Teil.

Das bestellte Auslands-Weißkraut wird am 12. Oktober vormittags
von 9 bis 1 Uhr in der Turnhalle verkauft.

Preis: 1 Zentner 12 Mark.

Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabteilung.

Vom Thron will trennen uns der Feind!
Drum alle Kraft erst recht vereint!
In England heißt's: Das Geld wird siegen!
Laß, Michel, Dich nicht unterkriegen!

Eine neue Schlacht in Flandern entbrannt.

Verständigung!

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter.)
Berlin, 9. Oktober.

Die Krise ist schnell überwunden worden. Es herrscht wieder Einvernehmen zwischen der Reichsregierung und dem Reichstag. Nur die Sozialdemokraten, und zwar nicht nur die im Hause, sondern auch die im Schreibemännchen, stehen bei Seite. Am Montag mittags, nachdem die Vollerzählung des Reichstages die Nachtragsforderungen an den Hauptauschuss zurückverwiesen und die weitere Verhandlung über die sozialdemokratische Interpellation wegen der vaterländischen Partei auf Dienstag verlagert hatte, schien die Verständigung sehr fern. Rausche hielten sie sogar für unmöglich. Aber in der Sitzung des Hauptauschusses, die vier Stunden währte, wurde sie bei ruhiger, sachlicher Erörterung nach und nach erzielt. Der Vizekanzler Dr. Helfferich erklärte sein Auftreten am Sonnabend, indem er es auf Erregung, hervorgerufen durch die Zwischenfälle, zurückführte. Der Reichskanzler sprach zweimal. Er betonte das Recht jedes Beamten, eine politische Meinung zu haben und zu äußern, und er verwies auf die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Aufklärungsarbeit im Heere. Er wandte sich aber gleichzeitig auch gegen alle Versuche von Beamten, Untergebene politisch zu beeinflussen, und er bezeichnete eine Verbindung der Aufklärungsarbeit mit Politik als unzulässig. Diese Darlegungen befriedigten den Ausschuss; nur den Sozialdemokraten selber richtungen genügt sie nicht. Die Verständigung war damit erzielt und dieses Ergebnis fand seinen Ausdruck in der Bewilligung der Nachtragsforderungen. Auch Herr Dr. Helfferich hat sein Gehalt als Vizekanzler endgültig bewilligt bekommen. Der so rasch beseitigten Krise wird also nicht einmal der von verschiedenen Seiten so heftig bekämpfte Dr. Helfferich zum Opfer fallen.

Die Vollerzählung am Dienstag brachte die Verständigung des Verständigungswerkes. Der Reichskanzler, der wieder in bürgerlicher Kleidung erschienen war, berief sich auf seine gestern im Hauptauschuss abgegebenen Erklärungen und erläuterte dann die Friedensentscheidung vom 19. Juli, wobei er die Gegner dieser Kundgebung ermahnte, sie gesehener wie bisher zu beurteilen.

Darauf machte der Staatssekretär des Reichsmarineamts, v. Capelle, unter der lebhaftesten Bewegung im Hause einige Angaben über eine Verschärfung in der deutschen Flotte und über die Beteiligung dreier, zu den unabhängigen Sozialdemokraten gehörenden Reichstagsabgeordneten, Dittmann, Haase und Bagtherr, an dieser Verschärfung. Diese Enthüllung mußte natürlich das Verständigungswerk befestigen.

Allerdings löst das Verfahren des Staatssekretärs des Reichsmarineamts im Laufe der weiteren Verhandlungen auf Widerspruch, aber der Eindruck, daß die gestern angegebene Einigung heute zur Tatsache würde, läßt sich nicht verwischen. Der Reichskanzler sah sich veranlaßt, seine Bemerkungen, die er gegenüber den unabhängigen Sozialdemokraten getan hatte, zu erläutern. Alles das vermochte jedoch den Abschluß der gestern erzielten Verständigung nur um einige Stunden aufzuschieben, nicht aber sie wieder zu zerstören. Einigkeit ist wahrlich dringend notwendig.

Deutscher Reichstag.

124. Sitzung.) CB. Berlin, 9. Oktober.
Am Tische des Bundesrats sitzen die Herren Dr. Helfferich, Graf Roeder, v. Stein, Balthasar, Dr. Schwander, v. Capelle, v. Balloow. Auf der Tagesordnung stehen zunächst

kleine Anfragen.

H. a. fragt Abg. Waldstein (Forstl. Sp.) an über die völkerverständliche Befugnis und Behandlung der gesamten Zivilbevölkerung von Tschad (Deutsch-Ostafrika) durch belgische Kongotruppen. Ministerialdirektor Krieger teilt mit: Die in die Gewalt der belgischen Streitkräfte gefallenen deutschen Zivilpersonen sind über das tropische Afrika nach der Westküste gebracht und später nach Frankreich abgeführt worden. Infolge der brutalen Willkür der belgischen Truppen waren sie schwerer traumatisiert und leiden ausgezehrt. Sobald die deutsche Regierung davon Kenntnis hatte, hat sie unverzüglich alsbaldige Freilassung verlangt, und da die belgische Regierung sich weigerte, wurde eine Anzahl ange-

sehener Weisler nach einem Internierungslager gebracht. Weitere Verhandlungen schweben unter Vermittlung des Königs von Spanien. Verhaft Weisler ist weiter abweisend, wird die deutsche Regierung vor neuen Bergeltungsmahnahmen nicht zurückweichen.

Auf eine Frage des Abg. Mumm (D. Fr.) über Unterstaatssekretär Freiherr v. Braun vom Reichsernährungsamt aus, daß kein Jücker zurückgehalten wird, um beim Friedensschluß ausgeführt zu werden. Aus der neuen Ernte ist etwa ebensoviel Jücker zu erhaschen, wie die alte Ernte gebracht hat. Nun wird, während der Reichskanzler im Saal erscheint, die

Fortsetzung der Interpellationsansprache.

betr. die angebliche albanische Agitation im Heere begonnen. Abg. Dittmann (U. Soz.): Das Auftreten des Reichsministers am Sonnabend erinnerte lebhaft an das Auftreten des Herrn von Falkenhahn bei Jägers. Es soll alles beim alten bleiben. Die gestrigen Ausführungen des Kanzlers haben der deutschen Politik in den Augen des Auslandes erneut den Stempel der Ineffektivität und Unheiligkeit aufgedrückt (Ordnungsruhr), denn sie predigt öffentlich den Verständigungsfrieden und erstrebt heimlich den Eroberungsfrieden (zweiter Ordnungsruf). Wir verlangen die Einstellung der alldutschen Propaganda. Die Anhänger des Verständigungsfriedens und überhaupt die Mitglieder meiner Partei werden unterdrückt und in den Kerker geworfen. War legt die Werbung für meine Partei als Landeserrat aus. Bei der Marine sind insgesamt annähernd 20 Jahre Suchtsucht und sogar mehrere Todesurteile verhängt worden. Somit eine deutsche Schuld am Kriegsausbruch vorhanden ist, geht sie zu Lasten unserer alldutschen Militärs. (Unruhe. Präsident Dr. Kaempf ruft den Ausschuss.) Die Reichstagsmehrheit muß endlich den Willen zur Tat setzen. Sie muß den Nachtragsetat ablehnen. (Präsident Kaempf ruft den Redner nochmals zur Ordnung.)

Reichskanzler Dr. Michaelis:

In den gestrigen Verhandlungen des Ausschusses sind die Fragen, die am Sonnabend hier die erregten Debatten hervorgerufen haben, ventiliert worden. Der Abgeordnete Dittmann hat heute den ganzen Stoff von neuem angeregt. Ich will ihm nur zweierlei entgegenhalten, einmal, daß er der letzte ist, dem ich das Recht aussetze, über Agitationen im Heere und in der Marine zu sprechen. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts wird nachher darüber sprechen. Sodann hat mir der Abgeordnete Dittmann mein Wort entgegengehalten, daß ich mit voller Objektivität allen Parteien und Richtungen gegenüberstehen wolle. Er hat aber vergessen, den Jücker mit zum Ausdruck zu bringen, den ich dabei ausgesprochen habe. Ich habe gesagt:

alle politischen Parteien und Richtungen, sofern sie nicht den Bestand des Deutschen Reiches und Staates gefährdende Ziele verfolgen. Die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten steht für mich jenseits dieser Linie.

(Große Erregung bei den U. Soz. Lebhafter Protest. Abg. Haase (U. Soz.) ruft: „Jetzt wissen wir, wer Sie sind!“ Andere U. Soz. rufen: „Wir bleiben länger als Sie!“ — (Achtung rechts.) Die Ansprache über die Interpellation hat sich auch darauf erstreckt, daß von Beamten in unzulässiger Weise Propaganda für die Vaterlandspartei getrieben wird. Gestern haben der Kriegsminister und ich im Ausschusse auseinandergesetzt, in welcher Weise im Heere die Aufklärungsarbeit betrieben wird. Das Aufklärung für die Soldaten unbedingt erforderlich ist, daß eine geistige, eine sittliche Fürsorge für die Soldaten im Felde ein dringendes Bedürfnis ist, das unter schreiben alle, die die Verhältnisse draußen kennen. Die ganze Aufklärungsarbeit ist einheitlich organisiert. Der Kriegsminister hat gestern die Verhältnisse mitgeteilt, die für diese Aufklärungsarbeit im Heere gelten. Diese Verhältnisse haben bei der Mehrzahl der Mitglieder des Ausschusses die volle Überzeugung geschaffen, daß das, was geplant ist und was geschieht, durchaus zum Segen gereichen muß und daß es sich in dem Rahmen hält, der für eine derartig einheitliche Organisation bestehen muß. Da der Abg. Dittmann diese Arbeit heute erneut auf das schärfste angegriffen hat, so will ich das wesentlichste aus diesen Verhältnissen wiederholen.

Die wesentlichen Gebiete der Aufklärung

sind: die Ursachen des Krieges, die wirtschaftliche Entvölkerung Deutschlands, die Bedeutung eines verlorenen Krieges auch für die deutschen Arbeiter, die Gesamtgröße unserer bisherigen Erfolge rechtfertigt die Hoffnung auf den Sieg; Siegesbewußtsein, Pflichttreue und Mannesstolz sind zu fördern; die Entscheidung ist schon zu unsern Gunsten gefallen, es gilt, sie endgültig zu sichern, Notwendigkeit und Bedeutung der Führung auf allen Gebieten, militärisch, Regierung und Verwaltung, daraus Notwendigkeit der Autorität einerseits, der Unterordnung andererseits. Schwierigkeiten der Wirtschaftslage durch Lebensmittel und Kohlen sind vorhanden und anzuerkennen, besonders in der Heimat, sie werden aber mit Sicherheit überwunden. Notwendigkeit der Lebensmittelbefragungen und Kohleneinstellung durch Maßnahmen der Behörden ist zu erläutern.

Fehler sind früher selbstverständlich aus anfanglicher Unkenntnis der zu bewältigenden Aufgaben, oft auch gerade aus dem Bestreben größter Gerechtigkeit gemacht worden. Kleinere Gärten bleiben unvermeidlich, sobald Ausgleichung von Bestimmungen zwischen Stadt- und Landbevölkerung, Verantwortlichkeit des Kriegsmachers, das eigene Ich muß vor dem gemeinsamen großen Ziel zurücktreten; Streiks gefährden den Sieg und kosten das Blut der Truppen; Aufklärung darüber, daß unsere Gegner, wenn sie den Krieg als ausfallslos aufgeben müssen, versuchen werden, uns die Früchte unseres militärischen Sieges zu entreißen und in Sonderheit unsere wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten zu erschöpfen. (Sehr richtig!) Es muß jedem Soldaten klar gemacht werden, daß wir auch da bereit sein müssen, den Kampf jederzeit aufzunehmen, um unser Kriegsziel, d. h. die Sicherstellung unserer Zukunft, zu erreichen. Volk und Heer muß bis zum endgültigen Friedensschluß in voller Stärke und Einmütigkeit hinter den Führer des Reiches stehen.

Keine Politik im Heere.

Diese Gegenstände der Aufklärung sollen erreicht werden durch Vorträge, Unterhaltungsabende, Theateraufführungen, Lesungen, Kinos, eingereicht, Armeezeitungen, Feldpredigten, Feldbüchereien, Feldbuchhandlungen. Diese ganze Organisation ist hinausgetragen bis in die letzten Stellen, wo Deutsche kämpfen, bis nach Macedonien. Die Feldtruppen brauchen sollen dadurch einen gewissen Erlass für die Heimat bekommen. Diese Einrichtungen wirken zum vollen Segen. Die Soldaten danken es. Sie danken es der Obersten Vorgesetzten und sie danken es allen denen, die hier im Innern daran mitarbeiten. Die Oberste Vorgesetzten will durchaus, daß Politik nicht ins Heer getragen wird. Gegen die unvermeidlichen Verhältnisse wird Remedy geschaffen und insbesondere auch nicht geduldet werden, daß Abgeordnete wegen ihrer Stellungnahme zu den Kriegsziele herabgesetzt oder beleidigt werden. Beamte haben das Recht politischer Gesinnungsfreiheit, sie können jeder Partei beitreten unter der Voraussetzung, die ich vorher unterstrich: daß sie keine Bestrebungen verfolgen, die den Bestand des Deutschen Reiches und Preußens gefährden. Eine Beurlaubung nach der Richtung hin, daß ein Vorgesetzter nachgeordnete Beamte veranlaßt, Ansdich an eine bestimmte Partei zu heften, ist unbedingt unzulässig. Sollten wir diese Ziele inne, dann kommen wir auf einen gangbaren Weg des beiderseitigen Wirkens. Wir würden sehr viel weiter kommen, wenn auch diejenigen, die der Friedensrichtung vom 19. Juli nachsagen, daß sie einen Dummfriebe wolle, dieser Kundgebung gerechter würden (Zustimmung). Wir müssen die Ziele in der Kundgebung in ihrem positiven Sinn verstehen, in ihrer kraftvollen Seite, das müssen wir herausarbeiten, wir müssen uns klarmachen, was darin enthalten ist, wir müssen unterzeichnen, was dort gesagt ist. Das deutsche Volk wird wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausdauern und kämpfen bis zum Ende seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das Deutsche Reich unüberwindlich. Ich habe mit Zustimmung des Reichstages an demselben Tage die Ziele nach der Richtung hin umschrieben, das ich sagte: Wir müssen die

Lebensbedingungen des Deutschen Reiches

auf dem Kontinent und über See garantieren, wir müssen es davon sichern, daß sich der Hund unserer Gegner nicht in einem wirtschaftlichen Trubunde anschwelt.

Meine Herren, wir können in diesem Rahmen einen Frieden durchsetzen, der dem Bauern den Lohn seiner Scholle gewährleistet, der dem Arbeiter Lohn und Verdienst und die Grundlagen sozialen Aufschwungs gibt, der der Industrie Absatz verschafft, der unsere stolzen Schiffe aus Bremen und Hamburg wieder frei ansfahren, auflegen und Kohlen in aller Welt einnehmen läßt, einen Frieden breiter wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung, einen wirklichen Frieden, der Kraft; den können wir in diesem Rahmen erreichen! (Lebhafter Beifall.)

Solange unsere Gegner uns mit Forderungen gegenüber treten, die jedem einzelnen Deutschen als unannehmbar erscheinen, solange unsere Gegner an den schwarz-weiß-rotten Fäbilen rütteln wollen, solange sie mit der Forderung an uns herantreten, daß wir von deutschen Lande etwas geben sollen, solange die Gegner den Gedanken verfolgen, zwischen das deutsche Volk und seinen Kaiser einen Keil zu treiben; solange bergen wir unsere Friedenshand in den verstränkten Armen. (Lebhafter Beifall.)

Wir warten ab, wir können warten, die Zeit läuft für uns.

Bis das geschieht, bis die Feinde einsehen, daß sie diese Forderungen zurückstellen müssen, solange müssen die Kanonen und die U-Boote ihre Arbeit tun. (Beifall.) Und unser Friede wird hoch kommen! (Stürmischer Beifall.)

Staatssekretär der Marine v. Capelle:

Die russische Revolution hatte einigen wenigen Leuten an Bord unserer Flotte die Köpfe verdreht und revolutionäre Gedanken in ihnen erregt. (Hört! hört!) Der wahn-

wichtige Plan dieser wenigen Leute ging dahin, auf allen Schiffen Vertrauensmänner zu wählen und die gesamte Mannschaft der Flotte zur Gehoramsverweigerung zu erziehen. (Sturm. Dört! hört!) Auf diese Weise sollte, gegebenenfalls durch Anwendung von Gewalt, die Flotte lahmgelegt und der Frieden erzwungen werden. (Sturm. Rufe rechts — Dört! hört! — Widerspruch b. d. Soz.) Tatsache ist, daß diese Leute mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Beziehungen stehen (Sturm. Rufe rechts. Zurufe b. d. U. Soz.: Beweis!) Unermesslich steht fest, daß der Hauptagitator hier im Reichstag im Fraktionszimmer der Unabhängigen Sozialdemokratie den Abgg. Dittmann, Daase und Bogtherr seinen Plan vorgetragen hat. (Sturm. Rufe rechts. Dört! hört! Abg. Dittmann: Aufgelegter Schwundel!) Die Abgeordneten haben auf die Gefährlichkeit der Handlungsweise hingewiesen und zur größten Vorsicht gemahnt, aber ihre volle Unterstützung durch Übermittlung von Material zur Aufreißung der Flotte ausgedrückt. (Anhaltende Stille. Bewegung. Lebhafter Widerspruch bei den U. Soz.) Dieser Lage gegenüber war es meine erste Pflicht, das Einbringen des angelegten Materials in die Flotte ummöglich zu machen. (Bravo!) Ich habe daher die zuständigen Kommandobehörden ersucht, die Verbreitung dieses Materials in der Flotte mit allen Mitteln zu verhindern (Beifall). Über die weiteren Vorgänge innerhalb der Flotte kann ich mich hier nicht äußern. Einige wenige ehr- und pflichtergetreue Leute haben sich schwer vergangen und sind der verdienten Strafe zugeführt worden. (Bravo!) Trotzdem will ich hier vor aller Öffentlichkeit sagen, daß die unläutenden Gerüchte, die auch mir zugegangen sind, maßlos übertrieben sind. Die Schlagfertigkeit der Flotte war nicht einen Augenblick in Frage gestellt und so soll es bleiben. (Sturm. Bravo!)

Die Meinung der offiziellen Sozialdemokratie.

Abg. Dr. David (Soz.): Der Staatssekretär v. Capelle hat soeben eine außerordentlich schwere Anklage gegen Mitglieder des Reichstags erhoben. Es fällt mir schwer zu glauben, daß diese Anklage in der vorgetragenen Form begründet ist. Mindestens müssen wir die Angeklagten hören. (Sehr richtig!) Es muß in dieser ungeheurer ernsten Sache die Darlegung geübt werden, die in einer so schweren Anklage notwendig ist. Der Reichskanzler hat erklärt, er bezieht die Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie als eine Partei, die jenseits der Grenze der Gleichberechtigung steht. Ich nehme an, daß er diese Erklärung abgegeben hat beabsichtigt durch das, was soeben der Staatssekretär des Reichsmarineamts uns mitgeteilt hat. Wir erklären dazu: wir müssen für jede Partei volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung in der Behandlung durch die Behörden verlangen. Sind Handlungen nachweisbar, die gegen die Gesetze des Staates verstoßen, so fallen die, die sie begangen haben, selbstverständlich unter diese Gesetze. (Alleinstimmte Zustimmung.) Davon ist keine Partei ausgenommen und auch die Unabhängige Sozialdemokratische Partei kann und wird für ihre Mitglieder keine Straffreiheit verlangen. Aber im Rahmen der Gesetze haben die Angehörigen aller Parteien das Recht auf gleiche Behandlung und gleiche Bewegungsfreiheit. Davon können wir nicht abgehen. (Sehr richtig bei den Soz.) Der Redner wendet sich dann gegen die alldeutsche Agitation und wirft der ihr dienenden Presse einen Vorwurf an Wahrheitsliebe vor, der in die Grenzen des Pathologischen weit hinüberreicht. Die Vaterlandspartei will die Einheit des deutschen Volkes innerlich auflösen und zertrümmern. Herr v. Graefe behauptete, die Vaterlandspartei stamme aus der Ecke des Volkes. Nein, die Vaterlandspartei ist eine Partei der oberen Schicht, ausgerollt mit ihren Millionen und ihrem großen Einfluß auf amtliche Kreise.

Erklärungen der Unabhängigen Sozialisten.

Abg. Daase (U. Soz.): Der Staatssekretär des Reichsmarineamts hat eine Reihe aufsehenerregender Mitteilungen gemacht. Unsere politische Tätigkeit irgendwo in Dunkel zu lassen, haben wir keinen Anlaß. Ich will alles offen klarlegen und stelle fest, daß tatsächlich der Matrose, von dem er gesprochen hat, mit mir im Fraktionszimmer eine Unterredung hatte. Unrichtig ist aber, daß der Matrose mit einem solchen Plan vorgebracht hat, wie ihn Herr v. Capelle erwähnt. (Dört, hört! bei den Soz.) Ich erlaube den Staatssekretär für seine entgegengesetzten Behauptungen den Beweis zu erbringen, erkläre aber schon jetzt, daß er keine Beweise hat, weil es keine Beweise dafür gibt. (Dört, hört! bei den Soz.) Der Matrose und seine Kollegen wollten lediglich die Presse der Unabhängigen Sozialisten und ihre Literatur haben, um sich fortzubilden und am Ende politische Unterhaltungen führen zu können. Obwohl politische Unterhaltungen am Lande gesetzlich erlaubt sind und eine Aufklärungsarbeit ja sogar ausnahmsweise mit Duldung gegenwärtig betrieben wird, habe ich den Matrosen wegen der Bedingungen, unter denen wir leben, auf die größte Vorsicht gemahnt und gewarnt. Ich weiß daher die entgegengelegten Behauptungen des Staatssekretärs entschieden zurück. (Sehr gut! bei den Soz.) Dem Anführer dieses Matrosen bin ich schuldig, zu sagen, daß ich, obwohl ich sonst gar keine Beziehungen zu ihm hatte, aus tiefer Erbitterung war, als ich hörte, daß er wegen seiner politischen Ideale den Tod hat erbeiden müssen. (Dört, hört! bei den Soz.) Aber der Zweck der Ausführungen des Staatssekretärs liegt ja klar zutage. Nach der Praxis der Behörden gegen meine Partei und nach den seitigen Erklärungen des Kanzlers habe ich nichts anderes erwartet, als daß die Herren jetzt das rote Tuch lösen und zu müssen glauben, um die anderen Parteien zur Unterstützung der unzulässigen Regierungspolitik, die uns

ins Verderben gebracht hat und uns immer tiefer in das Verderben bringen muß, zu einem festen Block aufzusammenschließen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Abg. Bogtherr (U. Soz.) erklärt gleichfalls, nur Beschwerden entgegenzunehmen zu haben und weist die Beschuldigung, als ob seine Fraktion an einem Plan zur Lahmlegung der Flotte beteiligt sei, als unbillig zurück. Wir kämpfen gegen den verruchten Belagerungszustand. Dinter uns stehen Hunderttausende, auch von denen, die draußen ihre Brust aufzulagen fürs Vaterland den Gegnern darbieten. (Unruhe rechts.)

Abg. Dittmann (U. Soz.): Auch mich haben Matrosen und Soldaten in großer Zahl aufgesucht und ihre Beschwerden vorgebracht. Ich habe ihnen Fingerzeige gegeben, wie sie diese Beschwerden weiter anbringen können. Ich habe sie aber auch auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die ihnen unter Umständen drohen. Ich lasse mir das Recht nicht verkümmern, die Interessen aller wahrzunehmen, die Beschwerden vorzubringen haben. Die Verfolgungen richten sich nicht nur gegen die unabhängigen Sozialdemokraten, sondern auch gegen die Anhänger der Reichspartei. Wenn das wahr wäre, was Herr v. Capelle hier angedeutet hat, warum ist dann nicht öffentliche Anklage gegen uns erhoben worden? Das beweist, daß Herr v. Capelle selbst weiß, auf wie schwachen Füßen seine ganze Anklage steht.

Herrn v. Capelles Antwort.

Der Abgeordnete Bogtherr hat eine Reihe von Behauptungen aufgestellt, die sich mit meiner Rede nicht decken

Unsere ganze Zukunft

wird in dieser Gegenwart erobert. Um Großes geht's, um alles! Und wenn Du den letzten Groschen dem Vaterlande leihst, armfelig und klein bleib's immer noch gegenüber dem, was draußen im Feld jeder einzelne leistet.

Also

fort mit tüchtiger Aengstlichkeit, fort mit „Wenn“ und „Aber“, fort mit Klagen und Zaudern!

Rede nicht! Frage nicht!

Zeichne!

und hat die Sache so dargestellt, als ob ich gesagt hätte, die unabhängigen Sozialisten hätten gewissermaßen die Pläne ausgeheckt und den Matrosen inwieweit. Davon habe ich nichts gesagt. (Lebhafter Widerspruch bei den U. Soz.) Der Staatssekretär verliert die betreffende Stelle aus dem Stenogramm: „Es ist eine Tatsache, daß diese Leute Beziehungen mit der unabhängigen sozialdemokratischen Partei angeknüpft haben.“ (Dört, hört! Unruhe bei den U. Soz.) Ein mir vorliegender Auszug aus den atemlosen Verhandlungen erbringt den vollen Beweis für das, was ich vorgetragen habe. (Dört, hört! rechts, lebhafter Widerspruch u. großer Lärm bei den U. Soz.) — Vizepräsident Baasche: Der Herr Staatssekretär hat jetzt das Wort. Ich will Ihnen nur eine Vernehmung vorlesen. Einer der Hauptangeklagten sagte aus (Zuruf bei den U. Soz.): Wie heißt der? Unruhe links. — Vizepräsident Baasche: Ich bitte, den Herrn Staatssekretär nicht zu unterbrechen. Auch ich persönlich habe den Abg. Dittmann im Laufe aufgesucht, nachdem Reichnis bei ihm gewesen war. Ich habe mich ihm gegenüber dadurch legitimiert, daß ich auf Reichnis hinwies und sagte, daß ich in dertelben Angelegenheit käme. Er zeigte sich untrübselig und erregt und sagte, wir möchten so weitermachen, aber große Vorsicht üben. (Lebhafter Widerspruch, Dört, hört! rechts, große Unruhe bei den U. Soz.) Er ist nicht allein bei Dittmann gewesen, sondern es hat eine

Art Parteikonferenz stattgefunden, an der die Herren Dittmann, Bogtherr und Daase teilgenommen haben. Reichnis hat den Plan der Organisation der Anweilenden mitgeteilt, die nach seiner Mitteilung ganz begeistert gemeldet wären. (Dört, hört! rechts, große Unruhe bei den U. Soz.) Zuruf des Abg. Daase: Das sagt jemand, der nie dabei gewesen ist! Dem Reichnis gegenüber wurde gesagt, daß diese Organisation verboten und eine strafbare Handlung wäre. Es wäre gewagt, er solle sich sehr versehen. Was an ihnen liegt, so würden sie seine Agitation, insbesondere durch Broschüren und sonstige Blätter unterstützen. (Zuruf des Abg. Daase: Der war nicht dabei!) Ferner erscheint der beschuldigte Reichnis in dieser Sache als Zeuge und erklärt auf Befragen: Ich gebe jetzt auch zu, nicht nur mit dem Abgeordneten Dittmann in dessen Bureau, sondern auch im Fraktionszimmer der sozialdemokratischen Partei des Reichstages mit den Abgeordneten Daase, Dittmann und Bogtherr zusammen gewesen zu sein. Was im einzelnen verhandelt worden ist, will ich mir überlegen. Ich bitte, mich am Nachmittag vorführen zu lassen! Am Nachmittag hat er erklärt: Soweit diese Aussagen sich auf mich beziehen, sind sie richtig, das soll heißen: ich habe die Sache nicht nur erzählt, sondern es hat sich so auch zugezogen. (Zuruf des Abg. Hupp (Dink. Frakt.): Hören Sie, Herr Daase! Große Unruhe und Lärm b. d. U. Soz., wiederholte lärmende Zurufe b. d. U. Soz., namentlich des Abg. Ledebour. Vizepräsident Baasche muß wiederholt zur Ruhe mahnen.)

Der Zentrumredner.

Abg. Trimborn (Zentr.): Wir begrüßen es mit Freude, daß der Reichskanzler sich heute klipp und klar auf den Boden der Reichstagsentscheidung vom 19. Juli gestellt hat. (Beifall bei der Mehrheit, Lachen bei den U. Soz.) Zu den Ausführungen des Staatssekretärs von Capelle geben wir folgende Erklärung ab: Es erscheint uns recht bedenklich und nicht angängig, die Partei der unabhängigen Sozialdemokraten in ihrer Gesamtheit ohne weiteres mit Anschuldingen in Zusammenhang zu bringen, die gegen drei Abgeordnete erhoben sind. Wir müssen annehmen, daß der Staatssekretär des Reichsmarineamts, als er diese Beschuldigungen erhob, sich auf hinreichend schlüssiges Material stützen konnte. Wenn das nicht der Fall wäre, so hätte er diese Beschuldigungen nicht erheben können und dürfen. (Sehr richtig.) Wir erwarten mit aller Bestimmtheit, daß wenn sich die drei genannten Abgeordneten gegen die Gesetze vergangen haben, insbesondere, wenn sie Handlungen begangen haben, so hätten die Doh- und Landesverrat bedeuten, mit der ganzen Strenge des Gesetzes gegen sie vorgegangen wird. (Sehr richtig! — Lachen bei den U. Soz.) Wir halten es für selbstverständlich, daß alle Werbetätigkeit, die sich in der Richtung der erwähnten Gesetzeswidrigkeiten bewegt, mit der größten Strenge unterdrückt und daß sie von der gesamten Marine und dem ganzen Heer ferngehalten wird. (Lebhafter Beifall.)

Außerung der Konservativen.

Abg. Frick (Kons.): Wenn den drei Abgeordneten an der obigen Anschulding liegt, so sollten sie auf ihre Immunität verzichten, damit die strafrechtliche Verfolgung eingeleitet werden kann. (Sehr richtig! — Lachen bei den U. Soz.) Wenn sich dann die Anschuldingen als wahr herausstellen sollten, dann ist kein Wort der deutschen Sprache hart genug, um ein solches Verhalten zu brandmarken. Die Reichstagsmehrheit wolle den Völkern des Reichskanzlers streichen, um den Staatssekretär selbständig zu befehlen. Wir wollten nicht, daß diese Sache dazu ausarten würde, um den Kaiser in dem verfassungsmäßigen Rechte, die geeigneten Männer an die Spitze der Regierung zu stellen, zu beschränken. Der im deutschen Volke will den Frieden nicht? Es kommt nur darauf an, was es für ein Friede sein soll. Jeder denkt sich etwas anderes. Nichts hat den Siegeswillen der Gegner so geküßt als die Tatsache, daß wir den Frieden wie teuer wir angeboten haben. Die Engländer und Franzosen werden erst dann zum Frieden geneigt sein, wenn sie nicht mehr weiter können. Im Geschäftsleben ist es doch nicht üblich, daß jemand, der unbedingt etwas kaufen oder verkaufen will, von vornherein seinen äußersten Preis nennt. Die Friedensverhandlungen werden unseren Unterhändlern nicht erleichtert, wenn sie von vornherein mit gebundener Markroute machilleren müssen. (Bravo! rechts.)

Abg. Ebert (Soz.) یردیت kein Bedauern aus, daß der Reichskanzler und der Staatssekretär des Reichsmarineamts Anklagen allerhöchster Natur gegen Mitglieder der Partei der Unabhängigen Sozialisten und gegen die Partei selbst erhoben haben. Der Reichskanzler gehe logar so weit, daß er die Unabhängigen Sozialisten außerhalb des deutschen Volkes gestellt habe.

Strafgerichtliche Untersuchung gefordert.

Abg. Stresemann (nack.) verliest im Namen seiner Fraktion eine Erklärung, die besagt: Aus den Mitteilungen des Staatssekretärs des Reichsmarineamts hätten seine Freunde den Eindruck gewonnen, daß Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei der Teilnahme an Meutereien einzelner Leute in der Flotte beschuldigt würden. Seine Partei erwarte, daß die Reichsregierung sofort alle Schritte einleiten werde, um nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuchs verfahren zu können.

Abg. D. Raumann (W.) lehnt sich dagegen auf, daß man die Unabhängigen Sozialisten außerhalb des deutschen Volkes und Rechtes stellen wolle. Wenn ihm auch die Politik dieser Partei so wenig gefalle, wie seine Politik der äußersten Linken, so habe man doch kein Recht, sie abseits zu stellen. Seit dem

Das verschwundene Testament.

Roman von Erich Eckenstein.

42] (Nachdruck verboten.)
„Sie hat sich... ausgesöhnt mit der Gräfin?“ —
„Nein, Leider nicht. Sie bewohnt nur ihre Zimmer in Rotholz, verkehrt aber mit niemand und nimmt sogar ihre Rahlzeiten allein ein. Es scheint, daß sie dies auch weiterhin beibehalten will.“
„Und der junge Graf?“ — „Auch er führt ein abgeschlossenes Leben, wenn auch äußerlich nicht so schroff von uns getrennt wie seine Schwester.“
„Berner blickte lange stumm vor sich hin. Dann murmelte er einmal: „Verreisen also! So, so. Bin doch neugierig, ob...“
„Er verfant wieder in Nachdenken.“
„Duoone hätte die Gelegenheit gern benützt, jetzt endlich Fragen zu tun, die ihr schon lange am Herzen lagen. Sie kannte ihn lange genug, um nun zu wissen, daß eine vorzeitige Reue nur sein Mißtrauen erregt und ihn vielleicht für immer stumm gemacht hätte.“
„Und doch war sie täglich fester überzeugt, daß er manches wußte, was Nicht in die Vergangenheit hätte bringen können.“
„Ja, in Bezug auf die Baronin hätte sie sogar schwören mögen, daß ihn ein Geheimnis mit ihr verband.“
„Soll ich die Baronin Fischleben vielleicht benachrichtigen, daß Sie mit ihr zu sprechen wünschen?“ fragte sie nun.
„Berner lachte gallig auf.
„Fällt mir gar nicht ein. Ich — Sie? Ob, nein! Wenn sie nicht von selbst kommt, mag sie es bleiben lassen.“
„Damit war das Gespräch für heute erledigt. Morgen versprach Berner in sein Heim zurückgebracht werden. Duoone versprach noch, ihn dort zu erwarten, dann ging sie.
Als sie in Rothholz den Wagen verlassen hatte, um sich in das Haus zu begeben, kam ihr Klaudio entgegen.

Er war seit Edines Antritt noch verschlossener und schweigsamer als sonst, aber mit so tüchtiger Höflichkeit wie jezt war er wenigstens Duone noch nie begegnet.
„Erst wollte er überhaupt nur mit stummem Gruß vorüber. Dann besam er sich, blieb stehen und sagte in kaltem Ton: „Sie haben Besuch bekommen, Fräulein Hartstein. Man erwartet Sie, wie ich glaube, am Weiser.“
„Ich? Besuch?“ fragte Duoone erstaunt. — „Derr Valentini wünscht Sie zu sprechen.“
„Valentini!“ Duoone schob das Blut bis in die Schläfen.
„Wunder Sie dies?“ fragte Klaudio mit so deutlicher Geringachtung, daß sie ebenso jäh erbleichte. „Ich denke, Sie kennen ihn sehr gut!“
„Dann lästete er den Hut und entfernte sich. Duoone starrte ihm wortlos nach.
„Wo auch er wußte es bereits!
„Aber was wollte dem Valentini hier? Warum wartete er im Park und nicht im Salon auf sie?
„Bervort schritt sie die blühende Lindenallee entlang, die schräg vom Schloß in gerader Linie bis zum Weiser führte.
„Valentini, der unter den Weiden auf einer Bank saß, erhob sich rasch, als Duoone sich ihm näherte. „Sie haben mich zu sprechen gewünscht“, begann sie kühl. „Warum erwarten Sie mich nicht im Haus?“
„Beil mir nichts anderes übrig blieb“, erwiderte er mit gezwungenem Lächeln. „Ich ließ mich erst bei der Komtesse, dann bei Klaudio melden, den ich am Fenster stehen sah — aber beide fanden es für gut, mich nicht zu empfangen.“
„Duoone hörte halb schreckt, halb ungeduldig zu. Sie glaubte jetzt auch zu erraten, was Valentini nach Rothholz geführt hatte.
„Sie wollten sich wohl verabschieden, Derr Valentini, da Fridau —?“
„Nein“, unterbrach er sie rasch. „Ich bin gekommen, um das zu tun, was Sie mir seinerzeit in Wien ummöglich machten: Sie um Ihre Hand zu bitten. Es ist un-

natürlich, daß wir so lange zögerten, der Welt einen Hund bekanntzugeben, den unsere Herzen schon so lange geliebt haben.“
„Duoone war so erlöst gewesen, daß sie zuerst keine Worte fand. Jezt aber unterdrückte sie ihn heftig: „Schweigen Sie davon! Sie haben diese Stunde durch alles, was später kam, in eine Stunde der Demütigung und Schmach für mich verwandelt. Ich liebe Sie nicht! Ich denke gar nicht daran, je Ihre Frau zu werden. Alles, was ich von Ihnen verlange, ist, daß Sie meinen Weg nie mehr kreuzen. Sie daten mich neulich in Vecklarn um Verzehrung und diese gerührte ich Ihnen. Aber damit find wir auch quit für allezeit!“
„Ein böses Lächeln verzerrte Valentinis enttäushtes Gesicht.
„Soy Quitt? Wollen Sie? Daben Sie vergessen, was ich Ihnen neulich in Vecklarn noch erzählte? Das man weiß, wie unbefonnen Sie selbst sich kompromittieren, und daß es darum heute für Sie nur den einzigen Weg gibt, sich zu rehabilitieren, indem Sie meine Frau werden. Wenn Sie nachdenken, müssen Sie mir noch danken, daß ich...“
„Genug!“ unterbrach ihn Duoone, sich stolz aufrichtend, mit funkelnden Augen. „Wenn ich noch eines Beweises bedurft hätte für die Niedrigkeit Ihrer Gesinnung — Ihre verstickte Drohung jezt hätte sie mir gegeben! Aber ich fürchte sie nicht. Ob die Welt in dieser Sache an meine Schuldlosigkeit glaubt oder nicht, ist mir gleichgültig. Es genügt, daß ich vor mir selbst rein bin und mir nichts vorzuwerfen habe.“
„Die Welt! Aber auch der einzelne? Hinter Ihren stolzen Worten, Duoone, sehe ich, ohne daß Sie sich dessen bewußt sind, die Angst lauern. Sie würden mich nicht so kalt von sich weisen, wenn Ihr Herz nicht inzwischen gelert hätte, andere Wege zu gehen; das sage mir mein Verstand. Und so muß es einen Menschen geben, an dessen Glauben Ihnen etwas liegt. Wissen Sie, daß ich somit dennoch Ihr Schicksal in Händen habe, da ich den Glauben dieses einzelnen mit einem Wort zerstören kann?“

Großes Hauptquartier, 10. Oktober. (Wid. Amtlich.) Eingegangen nachmittags 1/4 Uhr
Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Auf dem Schlachtfeld in Flandern traten gestern neben 11 britischen Divisionen wieder französische Truppen in den Kampf. Die gewaltige Kraftanstrengung der beiden verbündeten Westmächte erschöpfte in tagsüber währenddem Kämpfen an der Ständhaftigkeit unserer Flandernkämpfer.

Die morgens nach stärkstem Trommelfeuer vordringenden Angriffe bildeten die Einleitung zur Schlacht, die sich bei ununterbrochener heftiger Artilleriewirkung bis tief in die Nacht in fast 20 Kilometer Breite auf den Trichterfeldern zwischen Yirchoote und Gheluvelt abspielte. Die Gegner warfen immer neue Kräfte in den Kampf, die mehrmals an einzelnen Stellen bis zu 6 mal gegen unsere Linien anstürmten.

Südlich des Houthouster Waldes gewann der Feind bei Draabank, Wangelare, Voldhoel und am Bahnhof von Poellapelle etwa 1500 Meter an Boden, bis ihn der Gegenstoß unserer Reserve traf und seinen Anfangserfolg beschränkte.

Von Poellapelle bis südlich Gheluvelt haben unsere tapferen Truppen ihre Kampflinien fest in der Hand. Die wiederholten feindlichen Angriffe gegen diese 18 Kilometer breite Front sind gänzlich unter den schwersten Verlusten zusammengebrochen.

Bei den anderen Armeen war die Befechtsfähigkeit gering. Nur an der Aisne verhärtete sich der Feuerkampf. Südlich der Straße Laon—Soissons vorstößende französische Kompagnien wurden abgewiesen.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Keine wesentlichen Ereignisse.

Mazedonische Front:

Südwestlich des Doiran-Sees warfen die Bulgaren mehrere englische Kompagnien, die nach langer Artillerievorbereitung angriffen, zurück.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Neueste Meldungen.

Das neue Ministerium in Russland.

Stockholm, 9. Okt. Unter dem von Kerenski gebildeten Kabinett befinden sich folgende bekannte Namen: Kerenski (Präsident und Oberbefehl), Nikitus Daneres, Kowstentew (Landwirtschaft), Teresschenko (Äußerer), Berghowast (Krieg). Das ganze Kabinett besteht aus 19 Mitgliedern, darunter 7 Sozialisten und 12 Burekratische.

Besuchreise des Herrn v. Kühlmann.

Berlin, 9. Okt. Staatssekretär v. Kühlmann gedenkt, wie wir hören, heute oder morgen Abend nach Wien zu reisen und von da aus auch seinen Eintrittsbesuch in Sofia, Konstantinopel und auf der Rückfahrt in Budapest abzusitzen.

Generalkrieg in Ost.

Stockholm, 9. Okt. Die Konferenz der Arbeiterausschüsse aller Petroleumbohrschächte Ostwärts beschloß für den 10. Oktober den Generalausstand.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Bier beladene Dampfer versenkt.

Berlin, 9. Oktober. (tu.) Im Armeikanal wurden durch eines unserer U-Boote neuerdings 4 tief beladene Dampfer versenkt, die alle besaßnet waren.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

In Lager unserer neuen südamerikanischen Feinde.

Montevideo, 9. Oktober. (tu.) Eine Botschaft des Präsidenten an die Kammer erklärt, daß die Regierung von Uruguay zwar nicht unmittelbar beleidigt worden, daß es aber notwendig sei, sich mit den Verteidigern der Gerechtigkeit, der Demokratie und der kleinen Völker in Uebereinstimmung zu halten.

Bern, 9. Oktober. (tu.) In Uruguay und Peru sind nach der französischen Presse deutsche Seeleute verschiedentlich verhaftet worden. In Uruguay sollen die Kapitäne der beschlagnahmten Dampfer deutscher Nationalität die Siegel verlegt und die Apparate für die drahtlose Telegraphie entfernt haben und deswegen vor Gericht gestellt werden. In Peru soll die Mannschaft des deutschen Dampfers „Guanda“ angeblich in dem Augenblick der Besetzung des Dampfers eine Explosion hervorgerufen haben, die einen peruanischen Dampfer gefährdet habe.

Auch Ecuador bricht mit Deutschland.

Haag, 10. Oktober. (tu.) Reuter meldet aus Washington: Der Gesandte von Ecuador teilte mit, daß Ecuador beschloßen habe, den deutschen Gesandten in Peru offiziell nicht zu empfangen, wenn er sich nach Ecuador begeben. In diplomatischen Kreisen erblickt man in diesem Vorgehen Ecuadors den Abbruch der Beziehungen zu Deutschland.

Hauptversammlung der Sächsischen Zeitungsverleger.

Am Sonntag, den 7. Oktober d. J., fand in Dresden eine vom Kreisverein Sachsen im Verein Deutscher Zeitungsverleger einberufene Hauptversammlung der sächsischen Zeitungsverleger statt, die sich mit der neuerdings drohenden Erhöhung des Preises für Zeitungsdruckpapier und mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage der Zeitungen zu befassen hatte.

In seiner Eröffnungsrede wies der 1. stellvert. Vorsitzende Kommissionsrat Bode-Grimma darauf hin, daß in dieser für das Zeitungsgewerbe außerordentlich ersten Zeit Solidarität unbedingt am Platze wäre. Insbesondere sollen Zeitungen in der Rabattfrage für Wohltätigkeitsinfereate die beschloßenen Sätze strengstens durchzuführen. Nach einem ausführlichen Referat des 2. stellvert. Vorsitzenden Direktor Krauß (Leipziger Abendzeitung) über die gegenwärtige Lage des Papiermarktes und über die neuerdings geforderten Preiserhöhungen faßt die Versammlung einstimmig die Entschloßung, daß jede weitere Preiserhöhung des Zeitungsdruckpapiers von den sächsischen Zeitungen nicht mehr zu ertragen wäre. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der sächsischen Presse seien heute so gestaltet, daß nahezu 90 Prozent aller Zeitungen nur unter ganz außer-

gewöhnlichen Schwierigkeiten erscheinen können. Die geplanten neuen Erhöhungen der Papierpreise würden die Lebensadern der Presse treffen und wären ein Ueberlaß, der die Zerschöpfung der Lebenskraft der Zeitungen mit sich bringe. Die sächsischen Zeitungsverleger lehnen deshalb jede Preiserhöhung ab, indem sie darauf hinweisen, daß die Papierfabrikanten nur deshalb die Preise erhöhen wollen, weil sie wegen ungenügender Kohlenlieferung nicht voll produktionsfähig seien. Die Lage auf dem Kohlenmarkt ist aber so, daß nur ein Mangel an Transportmitteln die regelmäßige Versorgung der Papierfabriken mit genügenden Kohlenmengen bisher verhindert habe. Bei der anerkannten Bedeutung der deutschen Presse für das öffentliche Wohl ist es Pflicht der zuständigen Stellen, dafür Sorge zu tragen, daß die verhältnismäßig sehr geringen Kohlenmengen für die Zeitungsdruckpapierfabriken sichergestellt würden.

Nach einem Vortrage des Vorstandsmitgliedes Alfred Reichardt, Großsch, über die Schwierigkeiten der Materialbeschaffung und einem Referat des 2. stellv. Vorsitzenden Direktor Krauß-Leipzig über die Notwendigkeit der Gründung einer auf genossenschaftlicher Basis beruhenden Einkaufsstelle der sächsischen Zeitungen wurde der Vorstand von der Versammlung einstimmig beauftragt, die Gründung dieser Genossenschaft durchzuführen. Als Mitglieder dieser neuen Genossenschaft zeichnen sich 49 Zeitungsverleger ein Kapital von über 60000 Mark. Weitere sehr erhebliche Beteiligungen sind in der Zwischenzeit eingegangen. Die Einkaufsstelle der sächsischen Zeitungen soll unter den gegenwärtigen Verhältnissen in erster Linie dafür sorgen, daß die von den Zeitungen dringend benötigten Materialien aller Art durch Vermittlung der Reichsbehörden gleichmäßig und rechtzeitig zur Verteilung kommen. Die weiter gestellten Aufgaben der Einkaufsstelle werden erst nach Eintritt des Friedens verwickelt.

Eine lebhafteste Debatte entfiel dem Punkt der Tagesordnung, der den Wegfall der Listen der Königl. Sächsischen Landeslotterie behandelte. Durch die zunehmende Papierknappheit waren die sächsischen Zeitungen gezwungen, nur noch die Gewinne von 500 Mk. an, anstatt die vollständigen Listen erscheinen zu lassen. Das Vorgehen des Leipziger Tageblattes, das als einzige unter 224 Zeitungen diesen Beschluß nicht respektierte und die ganze Liste weiter veröffentlicht und durch sein Vorgehen einige andere Blätter veranlaßt hat, die Lotterieliste weiter zu veröffentlichen, wurde entsprechend gebrandmarkt und beschloßen, entsprechende Maßnahmen herbeizuführen. Die Versammlung erklärte erneut, daß von der nächsten Ziehung ab ausnahmslos die Listen der Königl. Sächs. Landeslotterie in den sächsischen Zeitungen nicht mehr veröffentlicht werden können. Zulässig sind nur Auszüge über Gewinne von 500 Mark an und mehr.

Durch einen weiteren Beschluß der Versammlung soll dafür Sorge getragen werden, daß diejenigen Zeitungen, welche einstimmig gefaßte Beschlüsse nicht zur Durchführung bringen, entsprechend zur Rechenschaft gezogen werden können.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

Dresden, 8. Oktober.

Zur Beratung steht ein nationalliberaler Antrag, betreffend Maßnahmen gegen die Verminderung des selbständigen Bauerntums.

Abg. Dr. Seyfert (natl.) begründet seinen Antrag: in allen Teilen Deutschlands würden Hunderte von selbständigen Bauerngütern aufgelöst. Der Hauptgrund sei in den eigentümlichen wirtschaftlichen Verhältnissen und in dem großen flüssigen Kapital zu suchen. Darin liege eine große wirtschaftliche Gefahr, der begegnet werden müsse. Die Allgemeinheit habe ein Interesse daran, daß die Gesamtheit des landwirtschaftlichen nutzbaren Bodens seinem eigentlichen Zwecke erhalten bleibe. Redner schlägt einige Maßnahmen vor, wie Belehrung des Bauernstandes, Voterecht der Gemeinde und Vorkaufsrecht des Staates.

Staatsminister Graf Bismarck v. Goltz bestätigte, daß die Gefahr einer Verminderung des selbständigen Bauerntums vorhanden sei und führt dann die Maßnahmen an, die bereits ergriffen wurden, um den Ankauf von Gütern zu nichtlandwirtschaftlichen Zwecken zu verhindern. Die vom Vorredner vorgeschlagenen Maßnahmen würden von der Regierung erwogen werden. Das vorgeschlagene Vorkaufsrecht des Staates scheitere hauptsächlich an der Schwierigkeit der Bewirtschaftung der Güter durch den Staat. Der Minister besprach sodann die segensreiche Tätigkeit der Landbesiedelungsgesellschaften im Zusammenarbeiten mit den Darlehnsstellen.

Abg. Barth (kons.) schließt sich den Ausführungen des Antragstellers an und empfiehlt vor allem Selbsthilfe des Bauernstandes.

Abg. Uhlig (Soz.) erklärt, die vorliegende Frage sei, so wie sie der Antrag formuliere, nicht zu lösen. An den jetzigen Verhältnissen trage die verkehrte frühere Schutzpolitik die Schuld.

Abg. Schmidt (kons.) widerspricht der Ansicht des Vorredners. Die Schutzpolitik habe Deutschland groß gemacht.

Abg. Schulze (Soz.) vertritt die bekannten Forderungen der Sozialdemokraten, den Grund und Boden dem Privatbesitz überhaupt zu entziehen. Die deutsche Landwirtschaft sei nicht imstande, die Bevölkerung im Kriege zu ernähren. Der Antrag wird an die Gesetzgebungsdeputation verwiesen.

Es folgt die allgemeine Vorberatung über den Antrag der Abgeordneten Hettner, Kleinhempel und Grotzsch, betreffend Doppelanrechnung der Kriegszeit bei der Ruhegehaltsberechnung sächsischer Staatsbeamten.

Der Antrag wird von dem Abg. Dr. Förster (natl.) begründet. Er wünscht, daß sich der Antrag automatisch auch auf die Gemeindebeamten und Lehrer, sowie auf die Privatbeamten erstreckt.

Finanzminister von Seydewitz meint, ohne Fühlungnahme mit dem Reiche und den übrigen Bundesstaaten könne Sachsen in dieser Richtung nicht vorgehen. Die finanzielle Tragweite der Frage sei auch nicht unbedeutend. Der

4. August 1914 gelte das Kaiserwort: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!“
Wahlkämpfer Dr. Michaelis bestritt, gesagt zu haben, daß die Anhängen Sozialisten außerhalb des deutschen Volkes und Reiches ständen. Er weist dies nachdrücklich an dem von ihm vorliegenden Vorberichten nach.
Der Schluß der Verhandlungen gestaltete sich noch sehr unklar. Der Abg. Saare (U. Soz.) protestierte gegen die Berücksichtigung seiner Partei. Der Reichskanzler erwiderte, daß unter den Schriften der angeklagten Marineleute sich Materialmaterial für die Unabhängigen Sozialdemokraten befinden habe; mehr aber habe auch der Staatssekretär v. Gossler nicht behauptet.
Bei der Abstimmung wurde das Mißtrauensvotum gegen die Regierung mit allen Stimmen gegen die sozialdemokratischen abgelehnt.

Ausprache über die auswärtige Politik.

Abg. Fehrenbach (Ztr.) dankte unter Beifall dem Papst für seine Friedensanregung und erklärte mit Genehmigung, daß sich die deutsche Regierung bei Beantwortung der Papstnote vom Geiste der Friedensentschloßung des Reichstages habe leiten lassen. Die Mittelmächte hätten für den Frieden alles Mögliche getan.

Staatssekretär des Ausw. Amtes v. Kühlmann teilte einleitend mit, welche Vorgänge zum Abbruch der Beziehungen mit Peru und Uruguay geführt hatten, zeigte dann unter Bezeichnung von Hand der letzten Neben feindlicher Staatsmänner, daß diese zum Frieden noch immer nicht geneigt wären und erklärte gegenüber Zweiflern und wohlwollenden Neutralen, daß es für Deutschland eine elassisch-lobbringliche Frage nicht gebe. Auch nicht ein Fußbreit von Elak-Bohringen werde hergegeben werden. Außer dem französischen Ansprüche auf Elak-Bohringen gäbe es keine Frage, die nicht durch Verhandlungen gelöst werden könnte und um derenwillen sich der Aufwand von soviel Blut und so ungeheurer Mittel für Volk und Geschichte rechtfertigen lasse. Wofür wir kämpfen und kämpfen werden bis zum letzten Blutstropfen sind nicht phantastische Eroberungen, sondern die Unverletztheit des deutschen Reiches.

Der Krieg.

Aus dem f. u. l. Heeresbericht.

Aus dem Österreichisch-ungarischen Heeresbericht.)
Wien, 3. Oktober.

Der amtliche Heeresbericht befaßt über den italienischen Kriegsschauplatz: Bei Kal auf der Hochfläche von Vainizza—Heiligengeist wurde gestern früh ein italienischer Angriff unter starken Feindverlusten abgeschlagen. 120 Gefangene und 7 Maschinengewehre blieben in unserer Hand. — Bei Kostanienidra brachte uns ein erfolgreicher Unternehmern 180 Gefangene ein. Albanien: Ostlich von Balona wurde ein italienischer Übergangversuch über die Bojwa vereitelt.

Der Krieg zur See.

Neue Erfolge unserer U-Boot-Streifen.

Im Sperrgebiet um England wurden durch unsere U-Boote wiederum 19500 T. Reg.-T. versenkt.

Nach den verlusten Schiffen befanden sich der englische bewaffnete Dampfer „Joseph Chamberlain“ mit Bretterladung, sowie der russische bewaffnete Dampfer „Ankalka“, der nach geladen hatte.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ein deutsches U-Boot entflohen.

Reuter meldet aus Madrid, daß das deutsche U-Boot Nr. 33 (N), das am 9. September beschädigt in Cadix eingetroffen und interniert worden ist, in der Nacht geflohen sei. Der Premierminister habe sofort alle hohen Militärs und Marineoffiziere, die für das Entkommen des U-Bootes verantwortlich sind, suspendiert.

Kleine Kriegsgesch.

Rotterdam, 9. Okt. Der amerikanische Senator La Follette, der gegen den Krieg wirkt, soll wegen Landesverrats vor einen Untersuchungsaußenstand gestellt werden.

Vom Tage.

Suchomlinow wird amtlich „richtiggestellt“.

Die Londoner „Morning Post“ schreibt, die vorzeitigen Veröffentlichungen der Petersburger Telegraphen-Agentur über den Suchomlinow-Prozess seien ohne Wissen und ohne Billigung der provisorischen Regierung erfolgt. Eine Untersuchung gegen die schuldigen Beamten der Petersburger Agentur sei eingeleitet. Die bisherigen Veröffentlichungen hätten jedenfalls keinen Anspruch auf die Authentizität und eine amtliche Richtigerstellung würde ihnen folgen. — Damit unternimmt England einen lächerlichen Versuch, die gewaltigen Wirkungen der Enthaltungen Suchomlinows über die Schuld am Ausbruch des Krieges abzuschwächen. Man darf mit Spannung erwarten, ob die Petersburger Regierung schon so weit aller Selbständigkeit entleidet ist, daß sie sich zu dem traurigen Spiel einer solchen „Richtigstellung“ hergibt.

Antrag würde für den Staat Mehrkosten von 13 Millionen Mark bewirken und mit Einschluß der Gemeindefunktionen und Lehrer würde sich der Mehrbetrag auf etwa 30 Millionen Mark belaufen. Er bitte deshalb, dem Antrage keine Folge zu geben.

Vizepräsident Dr. Spieg beantragt die Überweisung des Antrages an die Finanzdeputation A.

Abg. Held (Soz.) hat Bedenken gegen die Annahme des Antrages in der vorliegenden Form.

Nach weiterer Debatte, an der sich der Abgeordnete Kleinbempel und der Finanzminister v. Seydewitz beteiligten, wird der Antrag an die Finanzdeputation A verwiesen.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 10. Oktober.

Wertblatt für den 11. Oktober.

| | | | |
|-----------------|-----------------|---------------|--------------------|
| Sonnenaufgang | 6 ¹⁵ | Mondaufgang | 1 ¹⁷ A. |
| Sonnenuntergang | 5 ¹⁵ | Monduntergang | 3 ¹¹ A. |

Militär in unserer Stadt. Nach langer Zeit hatte unsere Stadt wieder einmal die Freude, Soldaten begrüßen zu können. Es war das 1. Ersatz-Bataillon vom Grenadier-Regiment 101, das gestern von mittag 12 Uhr bis gegen 4 Uhr nachmittags nach einer Feldmarschübung auf Cnanzengs Berg sich häuslich niederließ und daselbst eine Abklopfung vornahm.

Ortsjubiläum. Gestern, Mittwoch, feierte Herr Lehrer Hillig sein 25jähriges Ortsjubiläum, zu welchem ihm Wünsche von dem Schulausschuß, dem Frauenverein, dem Bezirkslehrerverein und dem hiesigen sächsischen Lehrerkollegium dargebracht wurden. Der Schulausschuß ließ dem Herrn Jubilare durch die Herren Bürgermeister Ringel, Stadtrat Behner und Lazzermeister Lohse einen Geldbetrag zum Ankauf einer Wanduhr überreichen. Verlag und Schriftleitung des Tageblattes schließen sich den Wünschen an.

Zuweisung von Hülsenfrüchten. Hülsenfrüchte sind bekanntlich allgemein restlos beschlagnahmt. Sie dürfen nur an die Reichsgerechtheitsstelle bezw. deren Aufkäufer und Kommissionsäre abgesetzt werden. Jeder andere Verkauf ist verboten und strafbar. Gesuche um Genehmigung zum freihändigen Verkauf von Hülsenfrüchten und zur Lieferung bereits gefasster Mengen haben keine Aussicht auf Erfolg und sind daher gesichtslos.

Mit dem 10. Oktober 1917 ist eine Bekanntmachung Nr. G. 2202/7, 17. K. R. A. in Kraft getreten, durch welche unter Aufhebung der bisher angeordneten Einzelbeschlagnahmen alle Weiden und Weidenstöcke (auf dem Stod und geschnitten), Weidenschienen und Weidenrinden beschlagnahmt werden. Eine Veräußerung und Lieferung von Weiden und Weidenstöcken ist nunmehr nur noch an amtliche Aufkäufer ohne besonderen Freigabeschein sowie von diesen und Großhändlern auf Grund eines Freigabescheines, die Veräußerung und Lieferung von Weidenschienen nur auf Grund eines Freigabescheines, die Veräußerung und Lieferung von Weidenrinden ohne besonderen Freigabeschein an die Rinden-Einkaufsgesellschaft m. b. H. Berlin, oder deren beauftragte Aufkäufer gestattet. Bis zum 26. Oktober 1917 ist ferner die Verarbeitung der beschlagnahmten Gegenstände erlaubt; nach diesem Tage nur auf Grund einer amtlichen Verarbeitungserlaubnis. Ausnahmen von den Anordnungen dieser Bekanntmachung sind für bestimmte Mindestmengen vorgesehen. Unberührt durch das in Inkrafttreten dieser Bekanntmachung bleiben die durch die Bekanntmachung Nr. G. 1023/2, 17. K. R. A. vom 1. April 1916 festgesetzten Höchstpreise sowie die durch die Bekanntmachung Nr. G. 1600/3, 17. K. R. A. vom 15. Mai 1917 angeordnete Meldepflicht und Lagerbuchführung. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

(M. J.) Deutsche Luftkriegsdenkmal-Ausstellung. Die so sorgfältig vorbereitete „Della“, die am Sonnabend dieser Woche, am 13. Oktober, in den Räumen des Albertinums ihre Eröffnung feiert, wird sich schon ihren ersten Besuchern in einer Vollständigkeit zeigen, wie sie sonst selten Ausstellungen beschieden ist. Auch der Laie wird sich bei der trefflichen Auswahl der ausgestellten Gegenstände ein zutreffendes Bild von der fabelhaften Entwicklung der Luftwaffe seit Beginn des Krieges machen können, denn noch nie ist eine solche Fülle an erbeuteten Flugzeugen zur Schau gestellt, noch nie vorher ein so unaussprechlicher Eindruck von der Höchstleistung der deutschen Luftstreitkräfte hervorgerufen worden. Die einzig in ihrer Art dastehende Ausstellung wird sicher in jedem Besucher ein Gefühl der Dankbarkeit gegen unsere Helden der Luft auslösen, die in namenloser Kühnheit und Geschicklichkeit mit ihren außerordentlichen Leistungen uns vor größeren Heimsuchungen dieser Kriegesdägel bewahrt haben und noch bewahren.

Dennoch!

Zum Kampfe in der Heimat gehört, daß wir mit aller Anspannung den Goldbestand der Reichsbank — das Rückgrat unserer Währung — stützen und mehren. Die Sammelstellen vergüten den vollen Goldwert.

(M. J.) Wirkung der Viehmilch auf die Entwicklung des sächsischen Viehstandes. Die Landesfleischstelle veröffentlicht in Nr. 232 der Sächsischen Staatszeitung vom 5. Oktober 1917 eine tabellarische Zusammenstellung über die Entwicklung des Rindviehbestandes im Königreiche Sachsen nebst Erläuterungen, auf die alle Viehinteressenten hingewiesen seien, da sie wertvolle Aufschlüsse daraus gewinnen können. Die betreffende Nummer der Staatszeitung kann bei unserer Schriftleitung oder den Polizeibehörden eingesehen werden.

Schneetreiben im Erzgebirge. Nachdem es schon gestern in der Mittagsstunde etwas schneite, hat sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag bei knappem Gefrierpunkte das schönste Schneetreiben eingestellt. Wenn man auch hier oben an der sächsisch-böhmischen Grenze, in 750 Meter Höhe, mit früherem Eintritte des Winters als in unserem Elbtale rechnen muß, so kommt der Winter dieses Jahr doch allzu zeitig. Noch stehen Bäume und Sträucher in herrlichem Laubschmuck, die Wiesen sind noch belebt mit weidendem Vieh und der Landwirt ist allorts tätig, die Kartoffeln in die Keller zu bringen. Soweit das Auge sieht, ist jetzt alles in Weiß eingehüllt. Die Temperatur sank am Sonntag auf dem Fichtelberg bis auf 4 Grad unter Null. Die Schneedecke ist bereits 13 Zentimeter hoch. Auf dem Pöhlberg liegt der Schnee 10 Zentimeter tief. Auch in Altenberg schneite es Sonntag morgen bei 0,2 Grad. Annaberg meldete Gefrierpunkt. Ähnliche empfindliche Weiterstürze werden auch aus dem Schwarzwald, Alpengebiet und Riesengebirge gemeldet.

Dresden. Einem hiesigen Blatte wird geschrieben: „Am Mittwoch früh ging ich durch die Webergasse und sah in einem Fischgeschäft zwei große Behälter lebender Karpfen. Voll Freude, nach so langer fischlosen Wochen endlich wieder einmal frischen Fisch essen zu können, betrat ich den Laden, mußte aber von der Verkäuferin erfahren, daß die Behälter — noch keinen Höchstpreis für den Karpfen festgesetzt habe und sie daher keinen verkaufen dürfe. Sie erklärte weiter, daß sie gar nicht wisse, wann der Preis heraussäme. — Wie ist das möglich? Leider lagen schon einige Karpfen tot im Behälter. Wieviel werden es noch, bis die Höchstpreise festgesetzt sind? — Der „Birnauer Anzeiger“ bemerkt dazu: In Birna kann so etwas gar nicht passieren. Von hier gehen alle Fluß- und Leichfische erst nach Ham-

burg, werden von dort aus „gleichmäßig“ verteilt, und nur nach Birna kommt keiner zurück. Da mögen die guten Dresdner froh sein, daß sie wenigstens ein paar tote Fische im Fenster zu sehen bekommen. Es ist doch etwas.

Dresden. In der Feuerbestattungsanstalt sind im Monat September d. J. 75 Einäscherungen erfolgt und zwar 42 männlichen und 33 weiblichen Geschlechts. Von den Verstorbenen waren 70 evangelisch, 5 katholisch. In 72 Fällen fand religiöse Feier statt. Vom Tage der Inbetriebnahme (22. Mai 1911) sind dies 4300 Einäscherungen.

Dresden. (Pressevertretung in der Ersten Kammer.) Wie verlautet, hat der Landesverband der Sächsischen Presse eine Eingabe an den Landtag gerichtet, worin er angesichts der bevorstehenden Reform der Ersten Kammer darum bittet, einem Vertreter der Presse Sitz und Stimme im sächsischen Oberhaus zu gewähren.

Krusdorf, 9. Oktober. (Eisenbahnunfall.) Auf Bahnhof Krusdorf ist gestern morgen 12,59 Uhr der Militär-Urlauberzug 884 mit einer Lokomotive zusammengefahren. Beide Lokomotiven sind entgleist und schwer beschädigt, ebenso einige Personenwagen. Von den Reisenden wurden drei leicht beschädigt, während der Führer der leeren Lokomotive schwer und deren Feuermann sowie der Führer der Personenzuglokomotive leicht verletzt wurden. Der Sachschaden ist erheblich. Beide Hauptgleise der Linie Görlitz-Dresden sind durch den Unfall gesperrt, doch wird der Verkehr durch Umleitung über Nebengleise des Bahnhofs aufrechterhalten. Die Ursache des Unfalles ist vermutlich auf eine von dem verunglückten, nicht vernehmungsfähigen Führer ohne Auftrag bewirkte Rückwärtsbewegung der Lokomotive zurückzuführen.

Ringenthal. Die umfangreiche dreistöckige Zigarettenfabrik von Joseph Fischer in Brunnöbbera ist nachts samt dem angebauten Kesselhaus niedergebrannt. Große Vorräte an Zählern und wertvollen Holzern sowie sämtliche Maschinen wurden vernichtet.

Hohenstein-Ernstthal. (Zur Mohnung.) Ein gefährlicher Brand entstand im Anwesen des Viehhändlers Klesow. Beim Austräumen eines Stalles fing durch einen unglücklichen Zufall das in einem angebauten Schuppen lagernde Stroh Feuer und fast im Nu stand das ganze Lager in Flammen.

Leipzig. (Amtlich geschlossen.) Die Reichsbereitungsstelle hat, angeblich auf eine Denunziation hin, die hiesige Großfirma Polich einstweilen geschlossen. Durch Revisionen wird eine Prüfung der Warenbestände vorgenommen. Die Firma bestreitet, irgend einen unerlaubten Verkauf vorgenommen zu haben.

Leipzig. (Zurückgehaltenes Goldgeld.) Einen neuen Beweis dafür, wie viele Goldmünzen immer noch von Privaten zurückgehalten werden, bietet die Meldung der hiesigen Goldankaufsstelle, bei der seit Anfang der vorletzten Woche wieder über 5000 Mark Gold eingewechselt wurde.

Verkaufliste Nr. 450

der Königlich Sächsischen Armee
ausgegeben am 6. Oktober 1917.

Bennewitz, Alfred, Bf. d. v. Mohorn — Schw. v. Gert, Arno, Uffz., Limbach (?) — bish. verm. i. Gelsch. Fronke, Reinhold, San.-Gefr., Lampersdorf (?) — bish. verm. i. Gelsch.
Bülow, Arthur, Wilsdruff — i. Gelsch. Bordeaux, [Klosters-Dörfl, Schweizerhaus].
Güttler, Hermann, Taubenheim (?) — [Bordeaux], jetz. Ref.-Laz. V, Dresden.
Littmann, Bernhard, Grumbach (?) — [Salignac], jetz. Ref.-Laz. V, Dresden.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Schulte in Wilsdruff.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer L. R. Günther, Wilsdruff.
Inseratentell.: Arthur Schulte, beide in Wilsdruff.

Nr. 127

des Tageblattes, gut erhalten, kaufen wir jurisd. Die Geschäftsstelle.

Bitte!

Wer schenkt mir eine alte Jacke, Hose, Decke oder andere Stoffreste zum Tuschschuhen? Marg. Herz.

Ausgekämmtes Haar

kauft jedes Quantum Wilhelm Blume.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 11 Uhr vor-mittags aufzugeben.

Osterjungen Ostermädchen sucht für Landwirtschaft

Bernhard Pollack, Stellenvermittler, Wilsdruff, Markt 10. Fernspr. 512.

Nr. 127

des Tageblattes, gut erhalten, kaufen wir jurisd. Die Geschäftsstelle.

Zeichnungen

7. Kriegsanleihe

am 18. Oktober mittags

Städtische Sparkasse zu Wilsdruff.



Von Donnerstag den 11. ds. Mis. ab geht wieder ein frischer Transport guter 3-5jähriger Oldenburger Wagen- sowie belgischer Arbeitspferde bei mir zum Verkauf.

Otto Merker, Nossen, Fernspr. 90.

Zeichnet Kriegsanleihe

Aus deutscher Not-an unsre Zeit!

Wenn ich jetzt nicht den Holz und den Mehl bekomme, das ganz zu wollen sind zu bekommen, wenn man nicht ist, daß ich für fünfzig Jahre warte? Wenn man nicht ist, daß die Zeit kommen soll, so soll ich nicht ein großes gemeinsames Ziel aufgestellt ist? Jetzt aber nie!

Arndt (Der Rhein, Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenz)

Größere Wohnung

entl. entspr. Wohnhaus, enthalten 6-7 Räume und Zubehör per 1. April 1918

zu mieten gesucht.

Ausführl. Angeb. unt. D. J. 640 an Rudolf Woffe, Dresden, Alt., erbeten.

Reffelsdorf. Schönmittelvortellung.

Donnerstag den 11. Oktober:

125 gr Kunstthonig für 14 Pfennig.

Delmarke November (Abstempelung).

Reffelsdorf, am 6. Oktober 1917.

Der Gemeindevorstand.

Kräftiger

Osterjunge

für Landwirtschaft wird für Ostern 1918 gesucht

Birkenhain Nr. 16.

Kaufe gebrauchtes



Herren u. Damen-Fahrrad.

Arthur Fuhs, Markt 8